



Der Standort Schwarzwald-Baar-Heuberg im internationalen Wettbewerb

Mitgliederbrief der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder,

Deutschland kann es besser. Es gibt gute Gründe, mit viel Selbstbewusstsein auf unseren Standort zu blicken: Unsere Region besitzt großes Wirtschaftspotenzial und verfügt gleichzeitig über eine hohe Lebensqualität. Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Der andere setzt sich aus einigen unbequemen Tatsachen zusammen, denen wir uns in diesem Mitgliederbrief stellen möchten. Denn nur mit einer ehrlichen Bestandsaufnahme kann eine sinnvolle Veränderung beginnen. So müssen wir uns fragen, ob wir im internationalen Vergleich dauerhaft noch konkurrenzfähig sind. Was muss anders werden? Wo können wir uns als regionale Wirtschaft stärker einbringen? Und wie gelingt es uns gemeinsam, die Politik von den notwendigen Reformen besser zu überzeugen?

Wie es ist: Hohes Potenzial – und doch nur Durchschnitt

Unsere Region hat die Corona-Folgen hinter sich gelassen und auch die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine gut gemeistert. Einer aktuellen IHK-Umfrage zufolge bietet unser Standort eine hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität. Vor allem seine Erreichbarkeit für Mitarbeiter, – Kunden und Lieferanten, die medizinische Versorgung, die Freizeitangebote und die Nahversorgung – sind überzeugend. Insgesamt lautet das Ergebnis „befriedigend“. Doch wer sich jetzt beruhigt zurücklehnt, macht einen Fehler. Befriedigend? Sollte das unser Anspruch sein? Wir haben weit mehr zu bieten als die Durchschnittsnote drei! Wie kommt es, dass wir das große Potenzial, das wir haben, nicht heben können?

Wie es ist: Verwaltung und Politik bremsen Wachstum

Wahr ist, dass einiges im Argen liegt, das auf viele deutsche Regionen zutrifft: Wir sind in der Bundesrepublik zu bürokratisch, zu starr, zu langsam. Die unteren Verwaltungsebenen als Hauptkontakt für Unternehmen werden mit Regulierungen überfrachtet. Der Bürokratie-Verdross ist wegen immer neuer Vorgaben aus Berlin und Brüssel allgegenwärtig. Auch Unternehmen und Startups werden mit Dokumentationspflichten vollgetackert – und der Glaube an eine mittelfristige Umkehr aus dem Vorschriftenchongel ist eher gering. Zusätzlich ist die digitale Infrastruktur – auch in unserer Region – in der Fläche ausbaufähig, die Funklöcher nerven.

Und so ist es kein Wunder, dass unser Standort weiter unter dem Konjunkturchoch vom Sommer 2018 verharrt. Die Probleme sind schon lange bekannt: Der Fachkräftemangel (71 Prozent der Befragten im IHK-Konjunkturbericht), die Arbeitskosten (64 Prozent) und die Energiepreise (61 Prozent) machen unseren Mitgliedern die größten Sorgen. Jeder dritte Betrieb bezeichnet die aktuelle Wirtschaftspolitik als Geschäftsrisiko.

Schwarzwald-Baar-Heuberg kann nicht isoliert vom Rest der Welt betrachtet werden. Wir sind stark vom Export abhängig (40,8 Prozent). Und so ist auch Deutschlands weltweiter Ruf als Wirtschaftsnation für uns wichtig. Doch dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge verliert die Bundesrepublik wegen ihrer Steuerlast, der Regulierung sowie ihrer Energie- und Arbeitskosten international erheblich an Boden. Unternehmen aus dem Mittelstand verlagern ihre Zukunftsinvestitionen immer stärker ins Ausland. 2022 strömte mehr Kapital aus Deutschland ab als hierzulande investiert wurde. Auch der Länderindex der Stiftung Familienunternehmen attestiert Deutschland als internationalem Standort kein gutes Zeugnis. Die Bundesrepublik könne mit Spitzenstandorten in Nordamerika, Westeuropa und Skandinavien kaum noch mithalten. Während andere Staaten in Infrastruktur investierten oder ihr Steuersystem reformierten, komme Deutschland nicht voran. „Die Stimmung unter vielen Unternehmern ist derzeit schlecht“, schreibt die FAZ am 14. August 2023, „und nicht wenige denken laut darüber nach, dem Land den Rücken zu kehren oder einfach aufzugeben“.

Wie es sein sollte: Realitätsnahe und unkomplizierte Bürokratie

Es muss Schluss damit sein, notwendige Maßnahmen von der einen in die nächste Legislaturperiode zu schieben. Wir müssen unsere Grundtugenden – Freiheit, Wettbewerb, Rechtsstaatlichkeit und Kooperation – wieder in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Groß bei großen Dingen, klein bei kleinen Dingen, hat 2017 der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker formuliert. Nur mit diesem Spirit kann es zumindest auf EU-Ebene gelingen, die Bürokratie wieder einzudämmen. Doch zurzeit passiert genau das Gegenteil: 2021 hatte die EU nach IHK-Rechnung knapp 1.600 Regelungen gestrichen und etwa 2.400 neue Rechtsakte erlassen. 2022 fielen nur noch 688 Bestimmungen weg, 2.429 neue kamen dazu. Von wegen One-in-One-out-Regel! Das Vorschriftengestrüpp wird immer dichter. Dabei bräuchten wir dringend Regelungen, die realitätsnah und unkompliziert sind!

Auf Landesebene hoffen wir als IHK auf die Entlastungsallianz für Baden-Württemberg, an der wir uns neben der Landesregierung, den kommunalen Landesverbänden und den Wirtschafts- und Finanzverbänden beteiligen. Mit dieser Allianz wollen wir vor allem überflüssige Regulierungen stutzen und mehr Digitalisierung in der Verwaltung erreichen, um schnell und flexibel zu werden. Auch auf Bundes- und EU-Ebene ist es unser Ziel, ein generelles Umdenken zu erreichen – sei es bei der EU-Lieferkettenrichtlinie, dem Onlinezugangsgesetz, dem Pauschalverbot von PFAS-Stoffen oder dem Energieeffizienzgesetz. Ausbildung und Fachkräfte verdienen ebenfalls moderne Rahmenbedingungen – zum Beispiel ein Steuersystem, das Leistung belohnt, statt sie zu bestrafen.

Ein zentraler Punkt dabei: Wir wollen, dass Strom mit intelligenten Ansätzen bezahlbar bleibt. Und zwar mit Hilfe einer Strompartnerschaft. Diese bedeutet: langfristige Stromlieferverträge zwischen Anlagenbetreibern erneuerbarer Energien und Stromverbrauchern aus der Wirtschaft, sogenannte Power Purchase Agreements (PPAs).

Mehr Vertrauen in den freien Markt und seine Unternehmer

Die Politik muss den kleinen und großen Betrieben wieder mehr zutrauen. Wir brauchen bei allen Beteiligten Mut und Optimismus – so wie es die allermeisten Unternehmerinnen und Unternehmer in unserer Region bereits vorleben. Denn Sie, liebe Mitglieder, fassen die Beschlüsse, damit wir es morgen besser haben – und nicht selten gehen Sie dafür ins Risiko und nehmen so manche schlaflose Nacht in Kauf. Viele Unternehmer haften nämlich für Entscheidungen mit ihrem eigenen Vermögen – Ihnen ist das bekannt, der breiten Gesellschaft weniger.

Als Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg haben wir viel zu bieten. Doch die Herausforderungen sind groß. Wir haben deswegen einen Sieben-Punkte-Plan vorbereitet (siehe im Anhang dieses Schreibens), den wir der Vollversammlung im Dezember 2023 vorstellen und zur Abstimmung vorlegen wollen. Lassen Sie uns optimistisch bleiben, dass uns zusammen ein Aufbruch gelingt!

Herzliche Grüße

Ihr IHK Präsidium

Birgit Hakenjos

Präsidentin



Thomas Butsch

Vizepräsident



Carolin Deberling

Vizepräsidentin



Dr. Harald Marquardt

Vizepräsident



Bettina Schuler-Kargoll

Vizepräsidentin



Michael Steiger

Vizepräsident



Dr. Steffen P. Würth

Vizepräsident



Thomas Albiez

Hauptgeschäftsführer



Sieben-Punkte-Plan

für die Zukunftsfähigkeit der regionalen Wirtschaft

Um unsere regionale Wirtschaft zukunftssicher aufzustellen, bauen wir auf einen funktionierenden Schulterchluss zwischen Staat und Wirtschaft. Wir brauchen einen Staat, der wirtschaftspolitische Bedingungen schafft – und nur so viel wie nötig in das Wirtschaftsleben eingreift. Wir schlagen sieben Maßnahmen vor:

1.

Wir bestehen auf eine konsequente Anwendung der „**One-in-One-out**“ - und „**Think-Small-First**“ Regelung für neue bürokratische Belastungen.

2.

End-to-End-Digitalisierung:

Absolut notwendige Verwaltungsprozesse sollten mit einer konkreten Frist durchgängig digital abgebildet werden.

3.

Wir brauchen den Einsatz **marktwirtschaftlicher Instrumente** als Standard in der Wirtschaftspolitik – wie den europäischen CO2-Handel als zentrales Steuerungsinstrument der Transformation.

4.

Eine Ausweitung von **strategischen Handelsabkommen** ist dringend nötig. Die Kontrolle und Durchsetzung der Menschenrechte bleiben dabei in staatlicher Hand.

5.

Wir brauchen die **Ausweitung und Beschleunigung** von Investitionen in die Netze Verkehr, Energie und Daten und in die Bildungsinfrastruktur.

6.

Wir benötigen die **Angleichung der Steuerbelastung** deutscher Unternehmen an den internationalen Durchschnitt.

7.

Unternehmerinnen und Unternehmer sollen in **politische Entscheidungsprozesse** eingebunden werden. Ihre Expertise erhöht die Chance, mögliche Gesetze praxistauglich und geplante Initiativen umsetzbar zu machen.